



Hünenberg, 12/ November 2010

Ja zur Steuergerechtigkeitsinitiative

Der schweizerische Steuerwettbewerb nimmt immer groteskere Züge an. Angeheizt auch durch den Kanton Zug jagen Kantone und Gemeinden sich mit Steuergeschenken die reichsten Steuerzahlenden ab. Multimillionäre und Milliardäre haben die Flexibilität diese Steuergeschenke anzunehmen. Die Steuerausfälle bezahlen wir anderen. Die Mehrheit der Bevölkerung kann nicht einfach die Wohnsitzadresse ändern um so Steuern zu sparen.

Mit der Fixierung eines minimalen Grenzsteuer-Satzes von 22 Prozent für Einkommen über 250'000 (steuerbar) oder 5 Promille für Vermögen über 2 Millionen Franken bleibt auch die Steuerhoheit der Kantone und der Gemeinden intakt. Direkt betroffen sind nur ca. 2 Prozent der reichsten Steuerpflichtigen. Der Mittelstand, der zurzeit am meisten unter steigenden Gebühren und sinkenden staatlichen Leistungen leidet, kann entlastet werden. Wenn die bürgerlichen Parteien erzählen, auch der Mittelstand müsste höhere Steuern bezahlen stimmt dies nicht. Wie die Steuerprogression ausgestaltet wird, ist Sache der Kantone. Einzig degressive Steuersätze sind gemäss Bundesgericht verfassungswidrig und entsprechen nicht dem Gebot der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die Konkurrenzfähigkeit der Kantone muss endlich so gestaltet werden, dass nicht nur die Reichsten und Superreichen davon profitieren. Kundenorientierte Verwaltungen, gute Schulen und Ausbildungsinstitutionen, ruhige und sichere Wohnquartiere oder attraktive Angebote im öffentlichen Verkehr sind Standortvorteile, welche der ganzen Bevölkerung zu gute kommen sollen.

Das Volksbegehren zielt auf mehr Steuergerechtigkeit. Erstens zwischen hohen und tiefen Einkommen und Vermögen, da Superreiche gegenüber den übrigen Steuerzahlenden nicht mehr bevorzugt behandelt werden. Zweitens zwischen den Kantonen, weil die Steuerunterschiede nicht immer noch grösser werden. Mit der Steuererhöhung wird die Schweiz immer noch zu den günstigen „Steuer“-Ländern der Welt gehören.

Am 28. November 2010 werde ich deshalb ein **JA** in die Urne legen.

Hubert Schuler
SP Kantonsrat
Hünenberg